

Antrag zum 93. Landeskongress

Antrag 249

93. Landeskongress der Jungen Liberalen NRW
Borken, 26.-27. Oktober 2019

Antragsteller: BV Köln/Bonn

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 93. Landeskongress möge beschließen:

1 Bildung, die wir meinen

Die Jungen Liberalen bekennen sich zum liberalen Bildungsideal Wilhelm von Humboldts. Wir wollen Schülern Bildung ermöglichen, die mehr umfasst als Kernkompetenzen oder reine Wissensakkumulation. Lediglich auf Verwertbarkeit ausgerichtete Qualifikationen in Sinne des Literacy-Begriffs der PISA-Studien entsprechen ebenso wenig unserem Bildungsverständnis wie die Modifikation des freien Willens nach der Kompetenztheorie. Die Kompetenzorientierung lehnen wir daher ab und fordern die Rückkehr zu Lernzielen, die durch Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten bestimmt sind.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung in den Lehrplänen Inhalte wieder stärker in den Mittelpunkt rücken will, denn erst Inhalte machen aus Kompetenzen Bedeutsamkeiten. Zu diesen notwendigen Reformen der Lehrpläne sehen wir das Landesinstitut für Schule in Soest (QUA-LiS) nicht in der Lage. Daher sprechen wir uns für die Auflösung von QUA-LiS aus.

Für die Weiterentwicklung der Lehrpläne und Ausbildungs- und Prüfungsordnungen fordern wir ferner konkret:

– Die Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung in der gymnasialen Oberstufe (APO-GOST) bedarf dringend einer Überarbeitung. Insbesondere die Bedingungen zur Wahl der Abiturfächer sind nicht zeitgemäß; beispielsweise ist es Schülern aktuell nicht möglich, die Abiturprüfung in zwei naturwissenschaftlichen Fächern abzulegen.

– Wir begrüßen die Einführung des Schulfaches Wirtschaft an Realschulen und die Erhöhung seiner Stundenzahl an Hauptschulen, Gymnasien und Gesamtschulen. Mit der Umbenennung der an Gymnasien und Gesamtschulen unterrichteten Fächer „Politik/Wirtschaft“ beziehungsweise „Politik“ in „Wirtschaft-Politik“ muss nun auch eine inhaltliche Neuausrichtung einhergehen. Wir fordern, dass im wirtschaftlichen Teil des Faches Wirtschaft-Politik vor allem volkswirtschaftliche Inhalte behandelt werden. Diese können durch Verbraucherbildung zwar in begrenztem Umfang ergänzt werden, der Schulunterricht kann und soll aber nicht die Erziehung durch die Eltern ersetzen. Es ist nicht Zweck der Schule, den Schülern vorrangig lebenspraktische Nützlichkeiten beizubringen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine konsequente Orientierung des Unterrichts an empirischen Ergebnissen ein. An den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung und an vielen Hochschulen haben sich ideologisch begründete Konzepte zum dominierenden Argumentationsmuster entwickelt, die empirischen Überprüfungen nicht standhalten: das selbstbestimmte, selbstgesteuerte, eigenverantwortliche und problembasierte Lernen des konstruktivistischen, kooperativen und entdeckenden Unterrichts überfordert die meisten Schüler, vor allem jüngere und leistungsschwächere.

Unterrichtskonzepte, die empirisch widerlegt sind, dürfen nicht länger Grundlage der

36 Lehrerausbildung sein. So kann es bei der Digitalisierung im Unterricht auch nicht um eine
37 Neuauflage des programmierten Lernens gehen, welches in Form von Selbstlernprogrammen
38 und Sprachlaboren bereits in der Vergangenheit gescheitert ist und aus gutem Grund nicht weiter
39 verfolgt wurde. Außerdem sollen einzelne Unterrichtsmethoden oder Sozialformen nicht aus
40 politisch-ideologischen Gründen einseitig bevorzugt oder benachteiligt werden.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 93. Landeskongress am 26.-27. Oktober 2019 in Borken.